

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

## **Wortprotokoll der 10. Sitzung**

### **Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild**

Berlin, den 18. April 2016, 09:30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Raum: 1.501

Vorsitz:

Michael Müller

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1**

Begrüßung

**Seite 4**

### **Tagesordnungspunkt 4**

Weiteres Arbeitsprogramm  
Noch zu beratende Berichtsteile

**Seite 4**

Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 3.8  
(Empfehlungen an die Politik), K-Drs. 213

Entwurf des Berichtsteils zu Teil B – Kapitel 4.2.4  
(Erkundungsbergwerk Gorleben), K-Drs. 212

### **Tagesordnungspunkt 5**

Verschiedenes  
Terminplanung

**Seite 20**

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

**Teilnehmer:**

Michael Müller (Vorsitz)

Jürgen Voges (Geschäftsstelle)

Prof. Dr. Armin Grunwald

Prof. Dr. Bruno Thomauske

Erhard Ott

Abg. Steffen Kanitz

Abg. Sylvia Kotting-Uhl

Min Stefan Wenzel

Dr. Günther Bäuerle (Vertretung Abg. Steffen Kanitz)

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

(Beginn der Sitzung: 09:38 Uhr)

### Tagesordnungspunkt 1

#### Begrüßung

### Tagesordnungspunkt 4

#### Beratung des Kapitels B 3 des Berichtes,

#### „Das Prinzip Verantwortung“

**Vorsitzender Michael Müller:** Also, dann machen wir mal eben vorweg Morsleben - mit dem veränderten Text. Ich sehe da keine Probleme. Akzeptieren wir so und geben rein.

Dann würde ich gerne als zweites zu den Schlussfolgerungen kommen für das Kapitel zum Thema „Fortschritt“, also zu dem Kapitel drei. Da haben wir ein 3.8 – das hatten wir ja noch nicht ausformuliert: „**Empfehlungen an die Politik**“. Das geht von 3.8.1 bis 3.8.5. Ist das gelesen worden? Wenn nicht, können wir es... Gelesen!

Bitte?

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Wir suchen gerade. Gelesen ist es aber. Es wiederzufinden ist nur nicht leicht.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Es liegt hier auch aus.

**Vorsitzender Michael Müller:** Also „**3.8 Empfehlungen an die Politik**“: Generell etwas dazu?  
Ja.

**Abg. Steffen Kanitz:** Also, ich stelle mir die Frage, jetzt sozusagen, wo wir zum Ende der Kommission kommen: Was sind die Kernaussagen für Politik und was wird durch unseren Arbeitsauftrag abgedeckt? Zum einen. Zum anderen aber auch, und da spreche ich auch als Vertreter der CDU, wo sagen meine Leute denn: Das passt oder es passt ja überhaupt gar nicht. Und bei diesem Kapitel kann ich nur feststellen, das passt überhaupt gar nicht.

So, wir haben über einen Nachhaltigkeitsausschuss im Bundestag weder gesprochen in der Kommission noch Konsens erzielt; bin ich auch nicht für mit den Rechten. Wir haben gleichzeitig **nicht** darüber gesprochen, dass wir jetzt die Ergebnisse einer anderen Enquete-Kommission - Herr Müller, der Sie angehört haben - „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ und der daraus folgenden Neudefinition des Wohlstandsindikators statt dem BIP gesprochen. Tut auch für mich überhaupt nichts zur Sache für die Frage der Empfehlungen dieser Kommission. Wir haben über die Frage der Bürgerbeteiligung gesprochen. Ob aber, sozusagen, aus der Frage von mehr Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit **in Bezug** auf die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe gleichzeitig die konsensuale Schlussfolgerung gezogen werden kann, dass wir das jetzt grundsätzlich anstreben und empfehlen, ist jedenfalls mit uns nicht im Konsens zu machen. Und der letzte Punkt, dass das TAB finanziell und organisatorisch besser ausgestattet werden soll, **damit** kann ich mich noch am ehesten anfreunden, ist aber bisher auch nicht diskutiert worden. Deswegen, wenn Sie gerade gefragt haben, was sind so die allgemeinen Anmerkungen zu dem Text, kann ich nur sagen - aus meiner Sicht: Ehrlich gesagt, passt es nicht in diese Kommission. Und ich hätte große Bauchschmerzen damit, dass jetzt, sozusagen, am Ende, bevor wir es - nicht nur bevor, sondern mal eben in dieser Runde und dann vielleicht anschließend noch ein, zwei oder drei Mal in der Endlagerkommission, dass wir das dort besprechen - dass wir ein Stück abkommen vom Fokus, den wir eigentlich haben. Und dass es mir jedenfalls deutlich schwieriger machen würde hinterher zu sagen, das ist ein Bericht, hinter dem wir alle stehen können, weil er den Fokus möglicherweise aus dem Blick verliert. Und deswegen meine sehr, vielleicht drastischen - ich bitte das zu entschuldigen -, aber hoffentlich klaren Aussagen zu dieser Vorlage.

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

**Vorsitzender Michael Müller:** Sylvia Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Also, dass wir das jetzt in der Kommission noch nicht beredet haben, finde ich jetzt, ehrlich gesagt, kein Argument, weil natürlich alle Dinge werden erstmal in der zuständigen AG vorgeschrieben. Jede hat ihr Thema. Und das Thema dieser - inzwischen ist es ja eine AG, habe ich festgestellt, AG 4 – das Thema dieser AG sind eben Leitlinien, ist sozusagen das Drum-Rum: Was war davor? Was ist so daneben und was empfehlen wir auch jenseits der Empfehlungen der anderen drei AGen für die Zukunft? Also, soweit habe ich da einen Widerspruch, Herr Kanitz. **Aber** Ihr Beitrag drückt jetzt genau das aus, warum ich beim Lesen etwas Bauchschmerzen hatte. Weil ich nämlich genau dachte: Was heißt das eigentlich für die Beratungen im Bundestag? Was macht das mit unseren anderen Empfehlungen, wenn jetzt noch Forderungen drauf kommen, die ja deshalb im Bundestag nicht umgesetzt sind, weil es dafür bisher keine Mehrheiten gibt?

Und wenn wir jetzt solche Forderungen hier auflisten, birgt das ein bisschen die Gefahr, dass wir es unseren anderen Empfehlungen schwerer machen. Das ist mein Bedenken dabei. Ich habe inhaltlich mit diesen Forderungen überhaupt kein Problem. Ich glaube auch, meine Fraktion hätte mit diesen Forderungen kein Problem. Aber das wird nicht die Mehrheit im Bundestag sein, fürchte ich.

Es ist jetzt schade, dass Frau Vogt nicht da ist, dass sie mal sagen kann, wie das in der SPD so ankäme.

Ich finde auch, was Herr Kanitz jetzt angesprochen hat, das mit dem TAB, das kann man, glaube ich, auf alle Fälle übernehmen. Ich finde auch, man könnte mit der Bürgerbeteiligung, weil die ja nun wirklich Riesenthema war bei uns, da könnte man auch so einen allgemeinen Schluss rausziehen. Mit den anderen beiden Forderungen glaube ich in der Tat, dass es Probleme gibt. Und die Probleme würde ich jetzt nicht scheuen. Dann setzt man sich damit auseinander, dann verliert man es

vielleicht auch. Das bin ich als Oppositionsabgeordnete gewöhnt. Aber wie gesagt, ich hab ein bisschen Sorge, was es mit unseren eigentlichen Empfehlungen macht. Ob die da nicht in so einen Sog rein geraten: Na, da debattieren wir doch erstmal, ob wir das überhaupt alles brauchen, was die Kommission da vorschlägt. Deswegen wäre ich da auch für etwas Zurückhaltung.

**Vorsitzender Michael Müller:** Herr Grunwald.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Ja, nach diesen beiden Bemerkungen bin ich ein bisschen in der Klemme. Also einerseits finde ich die Inhalte, hinter denen stehe ich. Aber ich verstehe die Sorgen, die gekommen sind. Zumal ja unsere Hauptempfehlung an die Politik „*Verfahren und Kriterien für die Behandlung der Endlagerthematik*“ sind. Und das wirkt jetzt durch die Überschrift alleine so, als seien das jetzt die Empfehlungen. Und dadurch könnten die anderen natürlich irgendwie ein bisschen in der Tat in den Hintergrund geraten. Vielleicht sollten wir mal überlegen, ob das hier „*Empfehlungen an die Politik*“ heißen muss. Also man könnte ja auch sagen, das sind „lessons learned“ aus der Geschichte der Atomenergie und der Endlagerung bisher, die aber über dieses Thema hinausweisen. Und da sehe ich zum Beispiel den Punkt eins ganz klar: „... *Veränderung der Zeitstrukturen*“ - also wir beschleunigen alles und kommen dadurch in Probleme rein, die das verschärfen, was wir eh schon als problematisch ansehen. Das finde ich einfach eine Diagnose, die ist berechtigt. Bei dem Wohlstandsindikator weiß ich nicht so genau, was das mit der... Da ist die Verbindung zu der Kernenergiethematik lockerer. Da bin ich nicht so ganz sicher, ob das gelingt. Bei der Beteiligung auf jeden Fall. A: kann man aus der Kernenergiegeschichte lernen, dass man Beteiligung generell einfach stärker machen muss – und so ist der Text ja auch geschrieben.

Zum TAB sage ich nichts wegen des Interessenkonfliktes.

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Aber vielleicht ist es möglich, durch eine etwas andere - wie soll ich sagen - Rahmung die Konflikte, die Herr Kanitz und Frau Kotting-Uhl genannt haben, rauszunehmen, aber die Inhalte durchaus zu erhalten. Wobei ich auch nicht weiß, und dazu äußere ich mich nicht, ob es unsere Aufgabe ist, einen Nachhaltigkeitsausschuss zu empfehlen. Also, ich selbst persönlich wäre dafür, aber das geht vielleicht doch wirklich über das Mandat der Kommission hinaus. Aber man könnte durchaus einen reflektierenden Text anlegen, der sich an dem orientiert, der jetzt da ist: Was bedeutet eigentlich die Tatsache, dass wir mit Nachhaltigkeit im politischen System Schwierigkeiten haben? Und wo gäbe es da Änderungs- und Verbesserungsmöglichkeiten? Das wäre weniger diese direkte Politikempfehlung - macht einen Ausschuss - sondern ein Lernen aus dem, was bisher nicht gut gelaufen ist, verbunden mit Optionen für ein weiteres Fortkommen.

**Vorsitzender Michael Müller:** Herr Thomauske.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Ja, vielen Dank. Im Hinblick auf die Fragestellung „Politik“ will ich mich nicht äußern; das müssen die Parteien selber entscheiden, wo sie da Möglichkeiten sehen. Was mir beim Durchlesen fehlte, war, um an der Stelle die Nachhaltigkeit stärker ins Feld führen zu können, der direkte zwingende logische Nachweis, dass das gewissermaßen im Hinblick auf die Endlösung der Endlagerfrage eine zwingende Voraussetzung ist, damit diese Frage gelöst werden kann. Wenn ich hier heute frage: Glauben wir, dass die Endlagerfrage gelöst werden kann, auch ohne dass dieser Ausschuss entsprechend gestärkt und eingeführt würde, würde ich sagen: JA! Ich glaube, wir sehen auch die Lösung als machbar an, auch wenn diesen Empfehlungen nicht gefolgt würde. Und im Umkehrschluss ergibt sich für mich insofern nicht die notwendige Voraussetzung an der Stelle. Und es ist aus meiner Sicht auch noch nicht genügend

herausgearbeitet, dass gewissermaßen der Verlauf der Kernenergie völlig anders gelaufen wäre, wenn es einen entsprechenden Nachhaltigkeitsausschuss gegeben hätte.

Insofern ist das „in ceterum censeo“, aber es fällt ein bisschen raus. Mit der Fragestellung „*Technikfolgenabschätzung*“ hatte auch ich weniger Probleme - also diesen Teil entsprechend mit zu berücksichtigen. Das bezog sich mehr auf den ersten Punkt. Danke.

**Vorsitzender Michael Müller:** Erhard.

**Erhard Ott:** Also, es zieht sich ja eigentlich über die gesamte Kommissionsarbeit hin, dass die Frage, wie konsensorientiert die Arbeit in den Arbeitsgruppen oder auch im Plenum ist, letztendlich eine ganz wesentliche Rolle spielt. Also, im Hinblick auf das, was dann die Konsequenzen aus dem Endbericht angeht. Von daher kann ich inhaltlich mit vielen Punkten, die hier in dem Papier drin stehen, leben und dem auch zustimmen. Aber mit Blick auf die Empfehlungen denke ich, sollten wir uns relativ eng dann an den gesetzlichen Auftrag, den wir haben, halten. Insofern kann ich das eigentlich nur unterstützen, wenn das ein Problem bedeutet, dem Papier und am Ende dem Abschlussbericht zustimmen zu können, sollten wir das vielleicht anders formulieren. Nicht streichen, aber anders formulieren, also was die direkten Empfehlungen an Bundestag und Bundesrat angeht. Und das betrifft natürlich insbesondere dann, obwohl er wünschenswert wäre, den Nachhaltigkeitsausschuss. Was ich aber für sehr wichtig halte, ist das, was dann nochmal im Punkt 3.8.4 „*Mehr Beteiligung und Demokratie*“ steht, weil das ja in der Tat eine der Lehren aus den Erfahrungen im Umgang mit der Endlagersuche und mit der Kernkraft angeht. Das halte ich für extrem wichtig - also, dass das auf jeden Fall erhalten bleibt. Wobei eine Formulierung, wenn ich das gleich ansagen kann, auf der Seite fünf, der letzte Spiegelstrich:

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

„- ... mehr Beteiligungsrechte....“,

würde ich ergänzen durch

„... und mehr Einflussmöglichkeiten“.

Denn, das was wir bisher...

**Vorsitzender Michael Müller:** Ja gut, so ist das auch gemeint.

**Erhard Ott:** Also nur „Beteiligungsrechte“ ist, glaube ich, in dem Zusammenhang ein bisschen zu wenig.

**Vorsitzender Michael Müller:** Wir haben soeben, nur zur Information, den Teil Morsleben, wo es einige Änderungen auf Vorschlag des Landes Schleswig-Holstein - äh Sachsen-Anhalt - gekommen waren, hier besprochen und akzeptiert. Jetzt im Augenblick besprechen wir das Papier, das sozusagen als letztes Kapitel bei dem Teil drei den Abschluss bilden soll. Es mag sein, dass „Empfehlungen an die Politik“ bei mir anders verstanden wird als bei anderen. Ich sehe das nicht als Empfehlungen an die Parteipolitik, sondern an das Politische, was ja auch ein Unterschied ist. Aber das ist natürlich immer so, dass man da unterschiedliche Ausgangsbedingungen hat. Ich halte, wie gesagt, die Modernisierung der Politik auch für eine Schlüsselfrage des Themas. Und insofern sind es natürlich Empfehlungen an die Politik. Aber wenn es darum geht, dass nur Schlussfolgerung zu nennen oder so, das wäre nicht mein Problem. Und ich hätte auch kein Problem, das allgemeiner zu formulieren, dass man nicht glaubt, das sei ein Kampfauftrag an den Bundestag. Das ist es auch nicht. Das ist auch gar nicht damit gemeint. Sondern hier stehen grundsätzliche Überlegungen vor dem Hintergrund eines Kapitels, das sagt, dass dadurch, dass wir sozusagen den Beschleunigungsmodus in unserer Gesellschaft in einer Weise übertreiben, dass zur Reflexion immer weniger Zeit bleibt; dass wir da Strukturen ändern müssen, um nicht immer

wieder in Fehler zu geraten, sondern mehr Zeit zu einer kritischen Durchdenkung von Entscheidungen haben. Das ist der eigentliche Punkt des ganzen 3.8. - in jedem einzelnen Punkt. Und wenn das falsch verstanden wird, dann finde ich das interessant. Aber dann kann man das auch ändern. Aber im Grundsatz, sage ich nochmal, es richtet sich aus meinem Verständnis nicht an Parteien und Fraktionen, sondern generell an Politik.  
Ja.

**Abg. Steffen Kanitz:** Ganz kurz dazu: Ich glaube, damit treffen Sie auch einen Kern, über den wir - oder jetzt für mich gesprochen - wo ich zustimmen kann. Also, das ist ja das Thema, was Lammert auch immer wieder bringt und sagt: Leute, wir beraten immer mehr Gesetzesvorlagen, immer mehr Vorlagen in immer kürzerer Zeit, haben weniger Zeit, darüber nachzudenken, was sind Ursachen, was sind Folgen usw. Also der Punkt zugestanden. Was mir nur wichtig war, klarzustellen, dass wir nicht den Eindruck erwecken, dass wir jetzt, sozusagen über die Hintertür, die Ergebnisse anderer Kommissionen oder andere Themen, die im weiteren Zusammenhang mit dieser Endlagerkommission stehen, jetzt plötzlich in die Empfehlungen bekommen an die Politik und gesagt wird: Ihr habt bisher diese Ergebnisse nicht umgesetzt in der Enquete „Wachstum und Wohlstand“. So, ja, und deswegen müsst ihr das jetzt machen. Sondern dann wäre es mir sehr, sehr lieb, wenn wir es, sozusagen, allgemeiner formulierten in dem Sinne.

**Vorsitzender Michael Müller:** Ja, das kann man. Aber mich persönlich - wenn ich das eben sagen darf, Herr Kanitz - mich wundert, dass ein Beschluss, der mit 95%iger Mehrheit in einer Enquete-Kommission nach einer unglaublich intensiven Debatte durchgesetzt wurde, anschließend im politischen Bereich keine Rolle mehr spielt. Also, ich will das jetzt gar nicht kritisch sagen, aber mich wundert es einfach. Ich verstehe es nicht! Und der Punkt, der mit den Indikatoren zu tun hat, hat natürlich sehr viel

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

auch mit unserer Arbeit zu tun, weil er nämlich das Ziel hat, längerfristige Tendenzen aufzuzeigen.

Aber, wie gesagt, ich habe das verstanden, dass man es so formulieren soll, dass das nicht verstanden wird als, sozusagen, Arbeitsauftrag an das Parlament, sondern dass das so verstanden werden soll, dass das Anregungen sind für die politische Debatte. Und dann kann man das auch ein bisschen anders, von mir aus, formulieren.

Ich will aber noch etwas sagen zum Nachhaltigkeitsausschuss: Also, was hier drin steht, ist die Originalforderung von Klaus Töpfer, die er ja zu seiner Abschiedsvorlesung bei seinem Institut gehalten hat als zentrale Forderung an alle Parteien. Ich will das nur sagen. Und ich halte das auch für richtig.

So, Herr Thomauske noch.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Vielleicht eine etwas nicht ganz so ernst gemeinte Randbemerkung: Ich glaube, also zumindest könnte ich mich der Auffassung, dass Politik manchmal etwas entschleunigter handeln sollte, beipflichten - beispielsweise beim Thema Kernenergieausstieg. Das war auch eine Entscheidung über Nacht... (Heiterkeit)

**Vorsitzender Michael Müller:** Das war mir klar, dass das von Ihnen kommen musste. Aber Sie haben es ja auch als Scherz titulierte. (Heiterkeit)

Gut! Also mit anderen Worten sollen wir das erst nochmal überarbeiten. Verstehe ich das so richtig? Oder soll es prinzipiell vom Tisch? Ja?

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ich könnte mir vorstellen, dass zum Beispiel dieser Abschnitt über den Nachhaltigkeitsausschuss - wenn man den zweitletzten Absatz rausnimmt:

*„Die Kommission empfiehlt...“ -*

könnte der eigentlich so stehen bleiben, finde ich. Also:

*„... die Kommission schlägt vor, Nachhaltigkeit stärker als bisher beim Gesetzgeber zu verankern.“*

Das ist ja noch nicht dieselbe Formulierung. Also, das Wort „empfehlen“ ist einfach in unserem Zusammenhang eine sehr starke Formulierung, weil unser Auftrag ist, Empfehlungen für bestimmte Bereiche abzugeben. Deswegen würde ich die **Empfehlungen** vom Wort her nur auf das beziehen, was wirklich unser Auftrag ist. Aber was wir ansonsten vorschlagen, da habe ich jetzt kein Problem damit.

**Vorsitzender Michael Müller:** Also - Entschuldigung, bevor, Herr Grunwald, ich Ihnen das Wort geben - das hieße, man macht einen Einstieg über den Charakter dieser Schlussfolgerungen, nenne ich das jetzt mal, um damit klar zu machen, dass es nicht dem gleichkommt, was wir beispielsweise an geologischen oder sonstigen Forderungen in den Bericht stellen. Sondern dass das eher beschrieben ist, um sozusagen die Entwicklung insgesamt und ihrer Einordnung in der Gesellschaft zu kennzeichnen und daraus längerfristige Schlussfolgerungen zu ziehen. So verstehe ich das.

Herr Grunwald.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Ich bin dafür, dass zu erhalten mit entsprechender Umformulierung; dass es eben nicht so direkt alles als Empfehlung an das politische System, sondern an das Politische in der Gesellschaft - oder wie man das immer auch formulieren mag - gerichtet ist. Mit den Aussagen bin ich auch soweit einverstanden. Ich habe einen Zweifel: Bei dem ganzheitlichen Fortschrittsindikator... Ich meine es gibt lose Verbindungen zwischen Kernenergiegeschichte und Wohlstandsdebatte, was auch im Moment gerade in den USA wieder aufgenommen wird;

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

die Öko-Modernisten, die fangen wieder an, Kernenergie zu propagieren für unendliches Wachstum und so. Aber die Verbindung ist relativ lose, loser jedenfalls als bei den anderen Themen. Da bin ich nicht ganz sicher, ob wir, sozusagen, da die Verbindung hinbekommen, aus unserem Mandat „*Endlagerung*“ heraus, dazu auch etwas zu sagen.

**Vorsitzender Michael Müller:** Man kann es ja eher als Anregung machen, darüber nochmal und so weiter.  
Herr Thomauske.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Ich habe den Eindruck, es gibt jetzt schon weitgehend Konsens. Auch meine Anmerkung wird sich darauf beziehen, zu Umformulierung zu kommen. Dort, wo es heißt:

*„Dafür schlägt die Kommission vor,...“*,

dass man an der Stelle sagt:

*„Dafür könnte sich als vorteilhaft erweisen...“* usw.

Das gilt auch in der Zeile 18 und das gilt auch auf der Seite vier in der Zeile 25, dass man das in einer ähnlichen Form umformuliert. Und mit dem Rest könnte ich leben.

**Vorsitzender Michael Müller:** Sylvia und dann Stefan.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Also, ich will nochmal erinnern: Wir haben ja in den Leitsätzen oder wie wir sie dann letztendlich genannt haben - ich weiß es gar nicht mehr, ursprünglich waren es Leitziele - ich glaube Leitsätze, die wir vorangestellt haben,....

**Vorsitzender Michael Müller:** Da habe ich mich am wenigsten drum gekümmert, weil da so viele reingefuscht haben. Ich habe das nur zusammengefasst.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ja, ja, aber da steht ja drin, dass wir uns auch um die Frage des Technikverständnisses kümmern wollen. Und insofern finde ich das schon berechtigt, dass man dazu jetzt auch etwas reinschreibt. Wir sind uns ja hier einig, dass man diese, sozusagen, fordernden Formulierungen rausnimmt und eher ein bisschen in den Konjunktiv geht. Jetzt habe ich vergessen, was ich noch sagen wollte. Das war der eine Punkt.

Ach ja, diese Einleitung, die man dann machen soll...

Also, Herr Grunwald hat das ja vorhin, finde ich, super so aus dem Stehgreif formuliert. Vielleicht könnten Sie das schriftlich mal versuchen zusammenzufassen? So eine kleine Einleitung?

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Das gilt generell, Herr Voges. Sie können mich da einplanen, weil ich ja denke, Sie haben jetzt in der Schlussphase der Kommission, Herr Müller, Sie haben eh....Sie müssen alles im Blick haben und sind wahrscheinlich Tag und Nacht beschäftigt. Sie können gerne etwas an mich rüberschieben zum Zwischenbearbeiten.

**Vorsitzender Michael Müller:** Ich schicke es Ihnen mal zur Kenntnis zu und dann mache ich das Stefan?

**Min Stefan Wenzel:** Ich hatte mich noch nicht gemeldet.

**Vorsitzender Michael Müller:** Ach so, das war das Handy, Entschuldigung. Dann ist gut.

Gut, dann hätten wir das - also erstmal hier hingelegt und werden nachher erklären, dass das etwas defensiver geschrieben und überarbeitet wird.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Das geht wohl schon zur 1. Lesung?

### Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

**Vorsitzender Michael Müller:** Weiß ich nicht. Ich habe das jetzt nicht im Kopf. Nö, das können wir runternehmen, jederzeit.

So, dann kommen wir zum Erkundungsbergwerk Gorleben.  
Herr Voges.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Ja, das war ja von den... Im Kapitel „*Nationale Erfahrungen mit Endlagerprojekten*“ stand ja dieser Abschnitt zum Erkundungsbergwerk Gorleben noch aus. Mir war von vornherein klar, dass das natürlich ein schwieriger Punkt ist, aber auch ein wichtiger Punkt, weil sozusagen die Entwicklung der Standortsuche, also nach der Standortbenennung, die Entwicklung der Erkundung in Gorleben, letztlich natürlich wesentlich mit zu dem Neustart oder der neuen Standortauswahl geführt hat, die die Kommission jetzt vorbereitet.

Weil das schwierig war, möchte ich sagen, ist es auch lang geworden. Lang geworden deswegen, weil es über weite Teile, sozusagen, deskriptiv ist und versucht, sozusagen, immer sowohl als auch zu beschreiben; also verschiedene Positionen, die seinerzeit in dieser nunmehr ja fast vierzigjährigen Geschichte – die vierzig Jahre sind auch ein Grund für die Länge – also verschiedene Positionen zu beschreiben. Zum Inhalt: Es geht nochmal aus – wir hatten ja auch schon dazu einen Teil von der... Also am Anfang steht, wie die Kommission jetzt, sozusagen, mit dieser ganzen Frage umgeht mit Gorleben; also auch das, was wir beschlossen haben zur Veränderungssperre, ist noch einmal erwähnt. Und dann geht es sozusagen... Der eigentliche geschichtliche Rückgriff beginnt bei 4.2.4.1 nochmal mit der Standortsuche. Und es versucht, sozusagen, eine andere Blickrichtung einzunehmen als der Untersuchungsausschuss, weil der Untersuchungsausschuss ist ja bei der CDU zur Schlussfolgerung gekommen, dass es, sozusagen, nach damaligen Maßstäben sachgerecht war und nicht zu kritisieren ist. Wohingegen die Opposition von einer willkürlichen politischen Standortentscheidung

sprach. Und ich habe versucht, sozusagen, aus – natürlich - aus **heutiger** Sicht, ob die damalige Entscheidung den **heutigen** Anforderungen genügt, die mit dem Standortauswahlgesetz formuliert sind. Das ist natürlich nicht der Fall, aber es ist hier, sozusagen, nochmal aufgelistet.

Dann geht es, sozusagen, um die Frage, welche Probleme es bei der Erkundung gab, wie es zu dem wissenschaftlichen Zankapfel kam – Gorleben -, wo ja, sozusagen, Vertreter verschiedener Richtungen - also sage ich mal, prominente Protagonisten solcher und solcher Richtung - auch bei uns in der Kommission sitzen. Und dabei wird aber ein Urteil über die Eignung natürlich vermieden, weil das nicht Aufgabe der Kommission ist und weil man das auch nicht leisten kann. Sie wissen ja, wie viele Wissenschaftler an der vorläufigen Sicherheitsanalyse da beteiligt waren. Das ist weder Aufgabe noch leistbar. Es wird einfach nur gesagt: Letztendlich an verschiedenen Punkten, da gab es verschiedene Ansichten. Und dieser Streit ist nicht entschieden worden, weil die Erkundung eben nicht beendet worden ist und auch die vorläufige Sicherheitsanalyse natürlich jetzt nicht beendet wird.

Der Punkt ist natürlich, dass der Text die Frage immer wieder stellt, wie, sozusagen, wirkt das politisch auf die Legitimität des dort angewandten Verfahrens. Und da hat er eigentlich eine eindeutige Richtung, das muss man einfach so sagen. Es geht darum, dass man sagt: Das ist die Hauptthese dieses Textes, das die Grundlagen, nach der, sozusagen, die Erkundung entschieden wird. Also es ist, sozusagen, die ganze Erkundung wird hier beschrieben als, sozusagen, ein Vorgang mit verschiedenen Schleifen, bei denen sich auch, sozusagen, die Richtung und der Zweck unterwegs geändert hat. Das erste war, man benannte einen Standort für ein NEZ. Nach zwei Jahren sagte man: Es ist aber nur noch ein Standort für ein Erkundungsbergwerk. Dieses hat - so steht das im

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Text - die ursprüngliche Auswahl, bei der ja unstreitig 85 % aller Standorte ausgeschieden worden, weil sie nicht den Flächenbedarf für das Nukleare Entsorgungszentrum hatten, sozusagen, die ursprüngliche Auswahl entwertet. Weil es ist natürlich richtig, dass in gewisser Weise auch - wird ja hier auch erwähnt, die sogenannten Gorleben-Kriterien: ein Salzstock mit großer Mächtigkeit und bestimmter Tiefe usw.; da habe ich jetzt nicht das zitiert, was da immer zitiert wird. Da wird immer Herr Hartkopf im Bundestag zitiert, ich habe lieber Ernst Albrecht genommen auf dem Gorleben-Hearing, weil er ja derjenige war, der, sozusagen, bei dieser Vorauswahl auch der politisch Verantwortliche war.

Es gab, sozusagen, erst die Standortbenennung und dann gab es die Ansage von der Politik, dass die Benennung letztendlich jetzt eigentlich wieder offen ist. Weil, es wurde, sozusagen - wie ich an Aussagen auch belegt habe -, immer wieder gesagt, ob das denn nun der Standort ist oder nicht, das zeigt sich erst im Zuge der Eignungsuntersuchung. Das wurde sehr stark betont. Das habe ich auch mit Zitaten belegt. Und da kommt man, sozusagen, dann anschließend in ein Dilemma, was ich versucht habe zu beschreiben. Und dass eigentlich zu dem Ergebnis führt, das heute da ist. Denn es gab, sozusagen, keine festgelegten Kriterien, nach denen die Eignung beurteilt wurde. Man wusste nicht, weil man auch kein vergleichendes Verfahren hatte, welche Mängel man nun in jedem Fall in Kauf nehmen muss. Man wusste nicht, was ist besonders vorteilhaft. Weil das alles lässt sich, sozusagen, immer nur im Vergleich bestimmen. Es gab ein anderes Vorgehen bei der Eignung. Man war, sozusagen - Grundlage war das „30-Millirem-Konzept“ -, man hat gesagt, die Entscheidung über die Eignung steht eigentlich erst am Ende des Genehmigungsverfahrens. Das hat aber auch die Legitimität, sozusagen, der gesamten Standortsuche untergraben, weil es bis dahin - also während der ganzen Untersuchung - keine Bürgerbeteiligung gab. Sie wissen das ja alles, Sie

haben das sicherlich auch gelesen. Ich muss das jetzt nicht wortreich nochmal verteidigen. Dann gibt es bestimmte Bemerkungen zu politischen Entscheidungen, die zu Gorleben gefällt worden sind. Und ich versuche, das nochmal einzuordnen und dann eine Schlussfolgerung am Ende.

**Vorsitzender Michael Müller:** Gut, fangen wir direkt an.

**Abg. Steffen Kanitz:** Ich muss leider gleich in eine andere Sitzung. Deswegen mache ich das ganz kurz und knapp. Ich bin ein höflicher Mensch. Insofern, ich versuche mich immer zurückzuhalten, obwohl mir das sehr, sehr schwer fällt angesichts des Textes.

Wir haben mit dieser Kommission den Anspruch, ein objektiv wissenschaftsbasiertes Verfahren zu entwickeln, anhand dessen Kriterien, die wir entwickeln, sich jeder Standort inklusive Gorleben zu orientieren hat. Und wir kommen in diesem Dokument, ohne die Kriterien zur Anwendung gebracht zu haben, zu der Erkenntnis: Gorleben fliegt raus. Das ist für mich schlicht untragbar.

So, ich kann jetzt auch - ich unterstelle Ihnen nicht den boshafte Versuch, es genau dahin zu bringen, sondern im Gegenteil: Ich glaube, dass Sie in der Tat versucht haben, abzuwägen. Ich muss nur feststellen, es ist trefflich misslungen.

Die Argumente, die aufgegriffen werden... Die Argumente, nur weil es ein Argument ist, was von jemandem mit möglicherweise einer Legitimität, aber möglicherweise auch keiner Legitimität, gebracht wird, ist es für mich noch keine Aussage, die ich so stehen lassen kann. Sie werden nicht entkräftet. Ihnen wird irgendeine andere Aussage gegenübergestellt. Insofern kann es nicht in einen Zusammenhang gebracht werden und der Leser kann nicht abwägen. Wir haben das Thema ja schon mal besprochen. Da haben Herr Wenzel und ich mehrmals zu

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

diskutiert; sind hinterher zu einer, glaube ich, anständigen Lösung und Formulierung gekommen - ich bin mir nicht ganz sicher, wo es war, ich glaube im Leitbild oder der Präambel. Da haben wir über zwei oder drei Seiten das Thema Gorleben ausformuliert. Mit dieser Formulierung kann ich leben, die wir dort gefunden haben. Weil sie, sozusagen, die Widersprüchlichkeiten im Untersuchungsausschuss Gorleben widerspiegeln. Den Versuch zu unternehmen, jetzt einen erneuten Untersuchungsausschuss Gorleben zu machen und Gorleben in einem anderen Licht erscheinen zu lassen, der ist, finde ich, leider gescheitert. Und deswegen meine herzliche Bitte... Da stecke ich sehr, sehr, viel Herzblut rein. Ich kann das auch an jedem einzelnen – wir können jeden einzelnen Punkt durchgehen – aber will das jetzt nicht tun angesichts der Zeit.

Das hat mich sehr in Wallung gebracht, weil es all den Grundlagen widerspricht, die wir bisher in dieser Kommission angewandt haben: Gorleben fliegt am Ende der Kommission aus dem Verfahren - das kann doch nicht ernsthaft das Signal sein, was wir mit dieser Arbeitsgruppe und auch nicht mit der Kommission senden.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Es gibt vier Punkte vor der Klammer, die ich kurz erwähnen möchte. Der eine Punkt ist der „*Stand von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Zeitpunkt*“. Hier wird das Auswahlverfahren ausschließlich retrospektiv betrachtet. Ich bin überzeugt, wenn sich Leute in vierzig Jahren diesem Auswahlverfahren, das wir durchführen, widmen werden, werden auch die ihre Kritikpunkte an unserem Auswahlverfahren anbringen. Insofern muss es zum jeweiligen Zeitpunkt bewertet werden. Und deswegen fehlt mir der erste Teil, nämlich die Auseinandersetzung mit der Frage, wie wurde das international zu dem damaligen Zeitpunkt gemacht.

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist die „*Änderung in den Anforderungen*“. Nämlich zum damaligen Zeitpunkt ging es nach

dem Atomgesetz darum, einen geeigneten Standort zu finden. Da war von „*bestmöglichem*“ nicht die Rede. Insofern ging es ausschließlich darum, einen Standort zu finden, der in Übereinstimmung mit dem Atomgesetz an der Stelle geeignet ist. Und deswegen auch lange Diskussionen mit dem BMU zum damaligen Zeitpunkt. Die Fragestellung, parallel mehrere Standorte zu erkunden unter dem Aspekt, dann wird die Wahrscheinlichkeit größer, dass man gleich einen geeigneten dabei hat, der dieser Anforderung genügt. Oder aber sequenziell für den Fall, dass Gorleben nicht der geeignete sein soll unter dem Aspekt *compliance* mit dem Atomgesetz; dann die Erfahrung mit Berücksichtigung, sequenziell zu untersuchen. Der Gedanke fehlt mir gänzlich.

Der dritte Punkt, auf den hat Herr Kanitz hingewiesen: Begründete Hoffnung, dass ein geeigneter Standort gefunden wird. Auf welcher Grundlage treffen wir diese Feststellung? Ich sage mal, an der Stelle würden wir sagen, es gibt für jeden Standort in der Bundesrepublik eine begründete Hoffnung, dass es ein anderer sein wird. Was wollen wir mit der Aussage anfangen? Aus meiner Sicht nichts. Und das ist ein Punkt, wo ich sage, an der Stelle passt es nicht, singular bezogen auf einen Bereich, eine abschließende oder eine vorläufige Position zu finden.

Der letzte Punkt, der betrifft ein Missverständnis: Wir haben keine Eignungskriterien, wir haben Auswahlkriterien. Ich hatte mehrfach in der Kommission schon darauf hingewiesen, dass die Eignungskriterien, also der Nachweis der Eignung eines Standortes und die dafür erforderlichen Kriterien, erst noch entwickelt werden müssen. Und die können nur standortbezogen entwickelt werden. Insofern wollte ich - das ist mehr ein semantisches Problem, das ist kein grundsätzliches Problem - an der Stelle von den Eignungskriterien Abstand nehmen und auf die Standortauswahlkriterien hinweisen. **Mikro aus (36:33 – 36:36)**

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ja, ich wollte jetzt natürlich Steffen Kanitz auch etwas sagen. Herr Bäuerle, dann müssten Sie das halt versuchen zu übermitteln.

Also, mein einer Punkt ist, dass wir ja ein bisschen im Auge haben müssen, warum wir diesen oder so einen Text überhaupt brauchen, ja? Weil, der ist natürlich jetzt im Vergleich zu sonstigen Rückblicken relativ lang. Aber natürlich ist die Geschichte von Gorleben auch eine relativ bedeutende innerhalb der Frage „Standortsuche in Deutschland“. Und eine, die uns auch bei der neuen Suche ziemlich querschließen kann noch. Also, diese Drohungen, die da aus dem Wendland kamen: „Wenn Ihr das nicht anständig macht jetzt und nicht so, wie es uns gefällt, dann zünden wir Euch die ganze Republik an. Wir machen Euch Widerstand an jedem Standort“. Da kann man sich jetzt einfach empört davon abwenden. Man kann das aber auch als reelle Gefahr einfach einbeziehen. Und deswegen muss man da auf diese Geschichte auch eingehen und muss sagen, wie wir mit dieser Geschichte hier umgehen - das ist wichtig, ja? Und ich finde diesen ganzen Text in den weitest gehenden Teilen so, dass man ihn, finde ich, einfach lassen kann. Wenn es da sachliche Einwände gibt oder da fehlt noch etwas, kann man das dazu fügen. Aber ich finde diesen Text eigentlich in Ordnung.

Die Schlussfolgerungen am Ende, die gehen nicht. Da gebe ich Herrn Kanitz Recht. Also, zum einen auf der Seite 13:

*„Nach dem Standortauswahlgesetz könnte die Erkundung des Salzstockes nur wieder aufgenommen werden, falls sich bei der neuen vergleichenden Standortauswahl, die die Kommission vorbereitet, keine Standorte finden, bei denen die in Gorleben festgestellten Nachteile nicht zu erwarten sind.“*

Das würde ich noch ein bisschen umformulieren, weil es geht ja nachher auch um Abwägung, der sich also in der Abwägung als schlechter herausstellt. Das müssten nicht genau die

gleichen Nachteile sein, also Gorleben könnte trotzdem im Spiel bleiben, wenn sich andere Nachteile erweisen – nicht die gleichen. Oder umgekehrt: Gorleben könnte rausfliegen, wenn es andere Nachteile sind bei anderen Standorten. Aber was dann kommt:

*„Dies erwartet die Kommission nicht.“*

Und dann der Satz, dass es sozusagen

*„...begründete Hoffnung auf geeignetere Standorte“*

gibt. Das geht nicht, finde ich.  
Das erinnert mich jetzt...

**Min Stefan Wenzel:** Auf welcher Seite ist das?

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Das ist die letzte Zeile auf Seite 13 und die ersten beiden auf Seite 14. Also das erinnert mich total, sage ich mal, an meine Koalitionsverhandlungen, die ich gerade im Bereich Umwelt/Energie im Baden-Württemberg geführt habe, und wo die CDU ankam mit einem Satz zur Endlagersuche: *„Nach allen bisherigen Untersuchungen wird Baden-Württemberg keine geeigneten Standortformationen aufweisen können.“* Da habe ich ihnen gesagt: Das geht **gar** nicht! Der Kern unseres neuen Auswahlverfahrens ist Ergebnisoffenheit und deswegen **geht so etwas nicht**. Und das gilt auch für das Wendland und für Niedersachsen. Das geht nicht, so ein Satz. Also, das muss raus.

Und dann der letzte Satz:

*„Nach Auffassung der Kommission müssen diese Überlegungen...“ (also zur Akzeptanz) „...auch heute für die Errichtung eines Endlagers im Salzstock Gorleben gelten. Angesichts der Geschichte des Standorts wäre ein solches Vorhaben politisch nicht durchsetzbar.“*

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Das ist ja, sozusagen, Vorwegnahme des Ergebnisses. Das geht auch nicht. Das widerspricht auch der Ergebnisoffenheit. Was man da reinnehmen kann beim letzten Satz, finde ich:

*„Angesichts der Geschichte des Standorts wäre Akzeptanz für ein neues Verfahren am Standort Gorleben nur schwer vorstellbar.“*

Das ist einfach Fakt. Aber dass man sagt, das ist politisch nicht durchsetzbar - sowas können wir nicht machen. Wir müssen ergebnisoffen bleiben - in allem. Und deswegen finde ich... Also müssen da, wo es drum geht, was präjudizieren wir für die Zukunft, müssten wir das zurücknehmen. Aber ansonsten finde ich diesen Text in Ordnung.

**Mikro aus(40:44 – 40:52)**

**Min Stefan Wenzel:** „Dies erwartet die Kommission nicht.“ Aber da verstehe ich nicht, warum der problematisch ist. Weil, ich sage mal, nach den Diskussionen, die wir jetzt in der AG 3 geführt haben....

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Bewerten wir Standorte in der AG 3?

**Min Stefan Wenzel:** Nein, aber ich sage mal: Wir kennen ja einen und wir wissen darum. Und deswegen ist der Satz aus meiner Sicht so, für jeden, der sich da in der AG 3 damit befasst hat, aus meiner Sicht kein Problem.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Naja... (Heiterkeit)

**Min Stefan Wenzel:** „...begründete Hoffnung für geeignetere Standorte“ - Herr Thomauske, das ist meines Erachtens auch unstrittig. Jetzt brauche ich die Diskussion an der Stelle nicht aufmachen, aber ich glaube, dass es auch keine lex Niedersachsen. Ich meine, wir sind immer vom Potential der möglichen Standorte, sind wir mit 40-50 % aller denkbaren Orte dabei,

möglicherweise sogar höher. Also, wir hatten bisher immer eine lex Niedersachsen. Und wir haben in Zukunft eine extrem hohe Wahrscheinlichkeit, dass es wieder Niedersachsen trifft. Das führt ja dazu, dass wir sagen: Wir wollen keine suboptimalen Standards akzeptieren. Und am Ende, das sind politische Aussagen, ob jemand das für denkbar hält, dann nochmal loszulegen und es muss ja politisch bewertet werden - das ist das eine. Die Kriterien sind, sozusagen, Kriterien, die am Ende in einem Verfahren objektiv anzulegen sind. Aber eine politische Einschätzung dazu, was das heißen würde, die kann man meines Erachtens durchaus treffen.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Wenn man sich da einig ist, ja.

**Vorsitzender Michael Müller:** Gut. Weiter noch dazu?

**Min Stefan Wenzel:** Im Grundsatz, finde ich, arbeitet das Papier sonst sehr gut die Genese heraus. Und es zeigt ja auch an einer Stelle sehr genau, dass der Grundsatz, den wir ja in unserer Rechtsordnung tief verankert haben, nämlich: Erst stellt man die Regeln auf und dann misst man das Verhalten oder die Entwicklung bestimmter Standards daran. Man kann ein Auto nur zulassen, wenn man vorher die Regeln für die Typzulassung aufgestellt hat. Es gibt das Rückwirkungsverbot in unserer Rechtsordnung; das ist ein fundamentaler Verfassungsgrundsatz. Das heißt, ich kann nicht rückwirkend, sage ich mal, die Rechtsordnung ändern und dann jemanden noch dafür belangen. Auch das spricht dagegen, sozusagen, nachträglich nochmal auf so einen Standort zurückzugreifen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz hartes Argument.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ja, Stefan, aber wir haben da eine Entscheidung getroffen.

**Min Stefan Wenzel:** Ja, Moment, wir sind uns an der Stelle ja weitgehend einig: Erst die Regeln, dann die Auswahl. Wenn man hier an der Stelle

### Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

sagt, diese Grundsatzregel gilt aber nicht an der Stelle. Dann muss man diese Grundsatzregel in Frage stellen. Aber nicht sagen, an der Stelle machen wir für diesen Standort eine Ausnahme.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Machen Sie doch gerade. Sie sagen doch gerade...

**Min Stefan Wenzel:** Nein, mache ich nicht! Wir haben eine Grundregel, die wir, sozusagen, an mehreren Stellen im Berichtsentwurf verankert haben - die ist: Erst werden die Regeln aufgestellt, also Kriterien, die Standards, wie ich die feststelle. Und dann wird gesucht, so. Ich kann nicht, sozusagen, dreißig Jahre lang immer alles so hinbiegen, dass es am Ende passt, Herr Thomauske. Damit finden Sie nie Glaubwürdigkeit.

**Vorsitzender Michael Müller:** Erhard Ott.

**Erhard Ott:** Also, unabhängig von der Frage, wie man zu Gorleben als möglichen Standort steht oder nicht, finde ich, ist die Beschreibung, wie Gorleben zustande gekommen ist, aus meiner Sicht nachvollziehbar und vernünftig. Also, die Kritik ist ja nicht nur bezogen auf die Aktivitäten der Bürgerinitiative vor Ort, sondern das ist ja auch im politischen Raum ausgesprochen kritisch diskutiert worden. Aber die Schlussfolgerungen daraus, die passen in der Tat – und da stimme ich Sylvia Kotting-Uhl voll zu – passen hier schlicht und einfach an der Stelle nicht rein. Weil wir, und wir haben ja bezogen auf „Veränderungssperre Gorleben“ auch kritische Diskussionen in der Kommission gehabt, ausgehend von der weißen Landkarte. Und dazu gehören die Auswahlkriterien, wo es dann um die Frage geht: Wie werden sie angewandt und umgesetzt? Und welche Standorte werden am Ende identifiziert? Ich finde, das hat nachhaltig etwas mit der Glaubwürdigkeit der Kommissionsarbeit zu tun. Wenn wir an der Stelle jetzt einen Standort eben von vornherein ausschließen und sagen: Der geht nicht. Und insofern sind die Formulierungen an der Stelle auf der Seite 13 und 14 da klar. Damit

würden wir Gorleben, im Grunde genommen, von vornherein ausschließen. Und, ich sage nochmal, unabhängig von der Frage, wie man zu der Frage Gorleben selbst steht, passt das an der Stelle nicht rein. Und ich bin sicher, dass auch meine Mitstreiterin das selbst bei einer Schlussabstimmung auf keinen Fall akzeptieren würde.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Stefan, wir sind uns in der Bewertung von Gorleben ja völlig einig. Und für mich stimmen diese Sätze auch alle, die da stehen. Aber wir können jetzt nicht mehr eine Grundlage für das Zustandekommen dieser neuen Standortsuche im Nachhinein ändern. Das geht einfach nicht. Und du weißt so gut wie ich, wir hätten das Gesetz und den Neuanfang in der Suche nicht gekriegt, wenn wir drauf beharrt hätten, dass Gorleben aus diesem Verfahren rauskommt. Dann hätte es dieses Gesetz nicht gegeben. Das ist einfach so. Das kann man bedauern. Das tun auch viele nach wie vor, aber es hilft nichts. Das ist die Grundlage und auf der haben wir jetzt auch die ganze Zeit gearbeitet. Ich will nochmal begründen, warum ich finde, dass diese Sätze nicht gehen.

Der erste Satz, an dem ich mich gestoßen habe am Ende von Seite 13. Da wird vorher beschrieben, in welchem Fall Gorleben rausfallen würde oder im Verfahren weiterhin drin bleiben würde, aber wenn das Verfahren schon gestartet ist. Und dann steht:

*„Dies erwartet die Kommission nicht.“*

Also wir erwarten nicht, dass es keine Standorte gibt, die schlechter sind als Gorleben. Das erwarten wir nicht. Das können wir nicht machen, weil wir damit die Ergebnisoffenheit konterkarieren. Es ist nicht unsere Aufgabe, Vermutungen auszusprechen, was die Anwendung der von uns jetzt dann irgendwann beschlossenen Kriterien ergeben wird.

Und der nächste Satz, der darauf fußt, was das Wirtsgestein, was die BGR in ihren

### Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Untersuchungen festgestellt hat und was wir daraus für Schlüsse ziehen für Standorte – da hat Herr Thomauske Recht – damit **bewerten** wir. Wir sagen: Der Standort, da gibt es bessere Standorte und der wird der schlechtere sein. Auch das geht nicht. Auch wenn wir uns in weiten Teilen in der Kommission wahrscheinlich einig sind, dass es so sein wird, ja? Aber es ist nicht unsere Aufgabe. Vieles, was wir hier in wahrscheinlich unterschiedlicher Weise erwarten oder auch ganz fest für uns prognostizieren, was im Laufe der Suche passieren wird, können wir aber nicht in diesen Bericht schreiben. Und deswegen geht es auch mit dem letzten Satz nicht. Mit dem allerletzten Satz sagen wir JA und Gorleben MUSS raus; der hat eine andere Qualität als das vorher. Der sagt: Die Akzeptanz ist ein ganz elementares Element und deswegen könnte man in Gorleben das niemals durchsetzen. Und dann ist eigentlich daraus die Conclusio: Der Standort muss raus. Die Debatte haben wir aber vorher geführt, vor dem Standortauswahlgesetz, und haben auch gesagt: Das war genau das Argument, dass dieser gesellschaftspolitische Prozess, der uns ja sehr wichtig ist in Gorleben, nicht mehr zu heilen ist. Aber das Argument hat nicht gezogen, es hat nicht geholfen. Und das können wir jetzt hier auch nicht mehr bringen – abgesehen davon, dass es in der Kommission auch nicht mehrheitsfähig wäre, vermute ich. Also höchstens die Hälfte vielleicht würde dem zustimmen. Aber ich finde, wir können das nicht machen, weil wir die Grundlagen des Neuanfangs und des Standortauswahlgesetzes akzeptieren müssen. So sehe ich das zumindest. Das haben wir so beschlossen. Also mir ist dieser Neuanfang sehr viel wert und ich schätze auch das Standortauswahlgesetz sehr hoch. Und ich finde, solche absoluten Grundlagen, die überhaupt nur möglich gemacht haben, dass es dieses Gesetz gibt, die können wir jetzt hier nicht so mal in einem Nebensatz konterkarieren.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Ja, zunächst will ich Herrn Ott auch beipflichten. Ich bin ja von Gorleben nicht sehr belastet. Also, ich bin nicht

Betroffener, ich bin dort nicht pro oder contra engagiert gewesen. Ich habe den Text gelesen als Sachdarstellung und fand ihn - also ich kann das nicht prüfen, was da alles drinsteht - ich fand ihn sehr informativ. Und ich habe diesem Informationstext auch keine **...(50:59)** entnommen, also da würde ich Ihnen auch voll und ganz zustimmen.

Was den letzten Teil betrifft, schließe ich mich Frau Kotting-Uhl an. Und da denke ich in der Tat, wir dürfen auch nicht in einem, sagen wir mal, in einem Kapitel, was ja auf Erfahrungen auch ausgerichtet ist - also auf die Historie letztlich -, eine Art Stellvertreterkrieg führen, ob jetzt Gorleben geeignet ist oder nicht. Das finde ich, hat da gar keinen Platz. Man kann den Konsens, den es gab: Gorleben bleibt drin – also die Bedingung des Konsenses -, man kann den natürlich immer wieder in Frage stellen. Es könnte ja theoretisch sein, dass im Laufe der letzten zwei Jahre Kommissionsarbeit Umdenkprozesse stattgefunden haben. Aber dann müsste man in der Kommission, sozusagen im Plenum, das Mal diskutieren und nicht, sozusagen, in einem Kapitel, was eigentlich eine andere Funktion hat, quasi mit reinschieben. Also da glaube ich auch, das geht so nicht.

**Vorsitzender Michael Müller:** **...(Mikro aus 51:50 – 51:52)** spreche ich davon, dass ich den Text, den meines Erachtens Herr Voges sehr sorgfältig und unter Heranziehung unglaublich vieler Quellen erarbeitet hat, unterstütze – will ich noch einmal sagen -, sind wir prinzipiell in dieser Frage in einem Dilemma. Ich stimme Ihnen zu, Herr Grunwald, die Frage stellt sich, ob man das **hier** reinschreibt. Gut. Da sehe ich, dass ein großer Teil das hier nicht will. Wir kommen aber, ob wir wollen oder nicht, an der Frage nicht vorbei, wie wir letztlich zu Gorleben stehen. Das wird entweder in der Kommission geregelt oder es wird woanders geregelt. Da macht man sich Illusionen, wenn man von dieser Wirklichkeit weggeht. Man macht sich Illusionen. Es ist richtig, wir müssen das dann in der Kommission diskutieren. Das teile ich.

### Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Aber, Entschuldigung, jetzt frage ich mal umgekehrt: Wir machen ein Ergebnis, das, sozusagen, am Ende nur noch eine Diskussion führt, dass die Kommission unfähig war, aus der Geschichte zu lernen - wäre auch eine Katastrophe. Also insofern, wie auch immer, wir müssen zu dem Punkt etwas sagen. Aber es ist richtig, das muss erst in der Kommission dann diskutiert werden.

Herr Grunwald.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Ich bin nicht sicher, ob ich Sie in allem da jetzt richtig verstehe. Für mich galt immer: **Neuanfang**, wie Frau Kotting-Uhl es auch gerade gesagt hat. Das würde für mich beinhalten: Keine substantielle Äußerung, ob Gorleben jetzt wie und so weiter.

**Vorsitzender Michael Müller:** Das ist nicht mein Punkt!

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Deswegen frage ich nochmal nach, um Sie genauer zu verstehen.

**Vorsitzender Michael Müller:** Mein Punkt ist nicht die Geschichte – die verstehe ich ja. Das ist ja nicht mein Problem. Das Problem ist, dass sozusagen die Hauptakteure, die nicht in den Prozess eingebunden sind, sich daran nicht halten. Und ich will denen nicht die Interpretation und das Feld überlassen. Das ist der Punkt.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Welche Hauptakteure?

**Vorsitzender Michael Müller:** Was da in den Initiativen und insgesamt in der, sozusagen, ja im Augenblick ja durch alle Parteien beworbenen Grünen Koalitionspartnern los sein wird, das kann man sich ja auch ausmalen. Also, ich meine, ich habe das jetzt ein paar Mal erlebt bei Veranstaltungen, wie sehr das, sozusagen, reduziert wird auf die beiden Punkte: Einerseits Bürgerbeteiligung, andererseits Gorleben – da ist völlig klar, was daraus passiert. Also, wäre ich nicht im politischen Geschäft in den letzten

Jahren gewesen, wenn ich nicht wüsste, dass da der Streit dann losgeht. Man kann natürlich sagen als Kommission: Wir haben ein Prinzip und dieses Prinzip halten wir auf jeden Fall durch. Ist ja ehrenwert, kann man ja auch machen. Nur ob man dann politisch ist, habe ich meinen Zweifel. Insofern muss man damit umgehen. Ich finde, natürlich gilt die weiße Landkarte. Aber das heißt doch nicht, dass man nicht trotzdem politische Prozesse werten kann. Ich hebe mich da nicht aus der Realität raus. Das geht doch gar nicht.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Herr Müller, dieses Werten, das können wir als Kommission durchaus tun, aber nach meinem Verständnis - sollen es auch, Deutungshoheit beanspruchen wir ja nun auch. Aber das ist auf... Bisher war das für mich, die Deutungshoheit von schon gelaufener politischer Prozesse – ja Vergangenheit, auch im Sinne von Vergangenheitsbewältigung, vielleicht auch Trauerarbeit und dieses alles. Das sehe ich voll und ganz ein. Aber ob daraus etwas für die Zukunft des Standortes Gorleben folgt, den Punkt sehe ich nicht.

**Vorsitzender Michael Müller:** Lasst uns das doch mal zu Ende durchdenken. Wenn, sozusagen, die Interpretation des Berichtes ist - und so wird sie sein: Ein nicht unerheblicher Teil der Kommission will Gorleben. Wieviel ist dann der Bericht noch wert?

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Aber woraus soll man das jetzt aus diesem Bericht ziehen?

**Vorsitzender Michael Müller:** Entschuldigung, ich habe ja nur die Frage gestellt. Und das ist eine reale Frage für die meisten. Ich kenne die Gruppen. Ich stelle ja nur die Frage. Ich möchte nicht zweieinhalb Jahre umsonst gearbeitet haben und am Ende, sozusagen, mich in Auseinandersetzung begeben, die überhaupt nicht mehr um den Bericht gehen. Das ist ja das Problem.

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Herr Thomauske aber erstmal, Entschuldigung.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Aus meiner Sicht kommt ein Gedanke zu kurz und der ist der: Welche Lehren sind im engeren Sinne aus dem bisherigen Verfahren gezogen worden? Und das ist für mich der Übergang von „ein Standort ist geeignet, wenn er die Anforderungen des Atomgesetzes erfüllt“ zu „bestmöglich“. Das ist der entscheidende Unterschied. Und insofern...

*(Zwischenruf des Vorsitzenden Michael Müller)*

Ja, das kommt aber aus diesem Papier nicht raus.

**Vorsitzender Michael Müller:** Das ist aber auch nicht das Thema.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Und muss es auch nicht.

*(Zwischenruf des Vorsitzenden Michael Müller)*

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Es ist dazu noch ein Kapitel „*Schlussfolgerungen*“ vorgesehen. Hier nach, was noch nicht geschrieben ist.

**Vorsitzender Michael Müller:** ...für die Lagerstätten bisher.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Das ist aber sozusagen für die gesamten... Also es gibt ein Kapitel „*Schlussfolgerungen*“ aus den Erfahrungen mit der Standortsuche. Und es ist natürlich, sage ich mal, für jemanden, der jetzt Angestellter in der Geschäftsstelle ist, eigentlich ein bisschen schwierig, das sozusagen, so ein politisches Kapitel, zu formulieren. Ich wäre aber, wenn Sie dazu Anregungen haben, was Sie vermissen und was da reinkommt und ein paar Stichpunkte, dann könnte ich das sehr schnell ausformulieren.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Wenn ich dann vielleicht an der Stelle kurz weitermachen kann. Trotzdem ist es **an der Stelle**, aus meiner Sicht, ein notwendiger Bestandteil, weil man dann

sagen kann, welches sind die Lehren aus Gorleben. Es ist die Frage vergleichender Standortuntersuchungen jetzt zwingend vorgeschrieben und damit ein neuer Prozess in Gang gesetzt worden. Damit würde das Kapitel, aus meiner Sicht, auch einen vernünftigen Abschluss finden. Ich weiß nicht, gehen wir das Papier eigentlich durch noch einzeln, seitenweise, oder...?

**Vorsitzender Michael Müller:** Es kommt jetzt ein bisschen auf die Zeit an.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Oder sonst machen wir es schriftlich?

**Vorsitzender Michael Müller:** Können wir auch machen. Lass mal noch ein bisschen gucken in einer Generaldebatte.

**Erhard Ott:** Als ich das Papier gelesen habe, war ohne den letzten Abschnitt „*Bleibendes Akzeptanzdefizit*“ die Schlussfolgerung für mich eigentlich klar. Und das reicht für meine Begriffe an der Stelle auch.

Was ich nochmal für wichtig halte, ist allerdings eine Bewertung, wie es sehr kurz im letzten Satz auf der Seite 14 steht, nämlich die Frage der Akzeptanz angesichts der Geschichte um Gorleben. Das, finde ich, wiederum, gehört schon mit dazu als Einschätzung und Bewertung. Das würde ich auch empfehlen, dass das vielleicht nochmal anders formuliert wird, aber nicht mit so einem dünnen Satz. Also, das dürfen wir, glaube ich, als Kommission nicht außer Acht lassen und beiseite schieben. Also, das finde ich schon noch wichtig, dass das erhalten bleibt.

**(Mikro aus 59:35 – 59:40)**

**Min Stefan Wenzel:** Also, was wir mit den „*Zehn Grundsätzen*“ auch hier festgehalten haben. Da muss man sich dann schon fragen: Gelten die auch? Für mich ist diese Frage „*Rückwirkungsverbot*“ eine ganz fundamentale. Und da müssen sich dann auch, sage ich mal, alle Akteure damit befassen, ob sie das gelten lassen. Wenn wir nur mal die Debatte

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

nachvollziehen, die wir jetzt in den verschiedensten Bereichen der Kommission hatten. Da gibt es nach wie vor massive Versuche, alles möglich zu machen, damit dieser Standort ausgewählt wird - dass der sogar vor einem vergleichenden Verfahren verschont wird. Da braucht man mir nichts vorzumachen. Diese ganzen Diskussionen, die da gelaufen sind. Aber es kann nicht sein, dass auf der anderen Seite dann ein fundamentaler Grundsatz keine Anerkennung findet, nämlich, dass man erst die Regeln aufstellt und dann sucht. Und das gilt eben, wenn man sich auf diese Sache einlässt, dann eben auch für Gorleben. Und das heißt, man kann nicht, sozusagen, dann nochmal den... Da muss man akzeptieren, dass man hier historische Fehler gemacht hat, die jetzt zu neuen Entwicklungen führen.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Und was heißt das für Dich in der Konsequenz dann?

**Min Stefan Wenzel:** Dass dieser Standort nicht in Frage kommt.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ja, aber das geht eben nicht, Stefan.

**Min Stefan Wenzel:** Ja, aber dann muss ich die Frage stellen... Dann muss ich sagen, dass auch rückwirkend Regeln geändert werden können. Ich stelle das nicht in Frage...

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Doch, Du stellst eine Grundsatzentscheidung in Frage.

**Min Stefan Wenzel:** Ne, ne, ne. Es ist nur die Frage, ob Du sozusagen diesen Grundsatz in Frage stellst: Dass es eine Rückwirkung von Regeln gibt. Das wäre eine Scheinobjektivität, die man niemals akzeptieren könnte.

**Vorsitzender Michael Müller:** Also... (Mikro aus 1:01:35 – 1:01:37) ...abbrechen, weil wir im Grunde genommen ja die Ausgangsbedingungen kennen. Meine Bitte ist...

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Können wir die Debatte in der Kommission denn führen?

**Vorsitzender Michael Müller:** Die führen wir ja heute nicht.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ja, nicht heute, aber...

**Vorsitzender Michael Müller:** Ja! Wir kommen aber vorher nochmal zusammen.

Also, meine Bitte ist: Erstens, dass die Beteiligten hier der Arbeitsgruppe, wenn sie noch Änderungen haben - außer den hier genannten, da machen wir einen neuen Vorschlag -, das bitte direkt an die Geschäftsstelle weiterzuleiten.

Zweitens, ich bin der Auffassung, dass, also sozusagen, in diesem ganzen Kapitel, das sich mit den bisherigen Erfahrungen beschäftigt, in dem Morsleben, Asse, Konrad drin ist, das Kapitel zu Gorleben länger ausfallen muss, weil das eine ganz andere Bedeutung hat.

Ich finde, dass das Papier im Grundsatz sehr gut die Fakten zusammenstellt, dass wir aber bei der Bewertung zurückhaltender sein müssen. Wir müssen allerdings, der Meinung bin ich, sehr wohl in der Kommission mal darüber diskutieren, wie am Ende...ob am Ende Gorleben noch woanders behandelt werden soll. Das würde ich jetzt erstmal offen stellen. Hier machen wir das jetzt so.

Also, bitte die Anregungen möglichst innerhalb einer Woche, wenn es geht. Also, sagen wir mal bis Mittwoch nächster Woche an Herrn Voges bzw. die Geschäftsstelle. Wo immer es geht.

Das heißt: Für die nächste Sitzung wird überarbeitet der Teil am Ende von „Prinzip Verantwortung“ im Sinne, dass es weniger Empfehlungen an den Bundestag sind, als vielmehr Schlussfolgerungen, die sich aus dem Zusammenhang des „Prinzips Verantwortung“ und der Erfahrung mit der Kernenergie für künftiges Verhalten im Umgang mit

## Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

größentechnologischen Projekten ergeben. Das machen wir.

So, was wir jetzt nicht behandelt haben, ist das Kapitel zehn. Ich muss auch sagen, da müssen wir, Herr Grunwald, auch nochmal drüber reden. Aber es war ja nur, dass man schon mal den Grundentwurf zur Kenntnis kriegt. Da bitte ich einfach auch, nur den Grundentwurf zur Kenntnis zu nehmen. Da gilt dieselbe Frist bis Mittwoch nächster Woche. Wer Anregungen hat, soll die bitte uns mitteilen. Und dann werden wir das schon miteinarbeiten, auch die Schlussfolgerungen, die hinten ja noch offen gehalten sind.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Entschuldigung, welches war jetzt das letzte Papier?

**Vorsitzender Michael Müller:** Das hier – zum Kapitel zehn.

**Erhard Ott:** Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass das letzte Kapitel zunächst nochmal überarbeitet wird und dann dazu die Stellungnahme?

**Vorsitzender Michael Müller:** Ja, wir überarbeiten. Aber es gab ja noch darüber hinaus von Herrn Thomauske ein paar Anmerkungen, die wir natürlich auch versuchen, in den Text mit reinzubekommen. Das war damit gemeint.

### **Tagesordnungspunkt 5 Verschiedenes Terminplanung**

**Vorsitzender Michael Müller:** Dann würde ich sagen, nächste Sitzung ist... Vor der nächsten Sitzung wieder? Es ist unheimlich schwer, einen Termin zu finden, sage ich nur.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Das ist dann aber diesmal ein bisschen länger hin.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Die nächste Sitzung ist am 13. Mai?

**Vorsitzender Michael Müller:** 13. Mai. So lange ist das gar nicht.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Dreieinhalb Wochen.

**Vorsitzender Michael Müller:** Na gut, aber das geht.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Sollen wir das so festhalten? Und, wie gesagt, dann muss auch noch diese... Also, dieser Abschnitt „*Schlussfolgerungen*“ schließt sich direkt an diesen an. Der ist natürlich Schlussfolgerung über alle vorangegangenen Beschreibungen. Aber...

**Vorsitzender Michael Müller:** Also, Kapitel 4.2.5 ist das.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Das ist natürlich... Würde aber aus diesem, sage ich mal, was ja auch das längste ist, mehr Schlussfolgerungen beinhalten. Allerdings sollten das auch nicht jetzt nochmal fünf Seiten sein – vielleicht eigentlich nur noch zwei oder drei.

**Vorsitzender Michael Müller:** Jaja, zwei reichen. Gut.

**Erhard Ott:** Wäre es nicht sinnig, vielleicht zu gucken, ob wir am 12., am Vormittag, eine Sitzung...

**Vorsitzender Michael Müller:** Kann ich nicht, tut mir leid.

**Erhard Ott:** Ich glaube wirklich, dass wir etwas mehr Zeit brauchen.

**Vorsitzender Michael Müller:** Wir können ja, von mir aus, um 9 Uhr anfangen, dann haben wir eine halbe Stunde länger.

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Also am 12. könnte ich, am 13. könnte ich nicht.

**Vorsitzender Michael Müller:** Am 13. haben wir...

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Ich weiß.

**Prof. Dr. Armin Grunwald:** Ich habe das Berichterstattergespräch am 13. morgens, also ich kann dann nicht um halb zehn, aber ein bisschen später kann ich dann dazukommen.

**Vorsitzender Michael Müller:** Also, ich bin am 12. leider in Dänemark, tut mir leid.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Und irgendein anderer Termin?

**Vorsitzender Michael Müller:** Alles voll.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Die AG 1 und die AG 2 tagen ja auch noch in der Woche.

**Min Stefan Wenzel:** Was ist das Problem am 13. morgens?

**Vorsitzender Michael Müller:** Kein Problem. Er meint nur, das reicht nicht aus. Deshalb sollten wir um 9 Uhr anfangen.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Die beiden sind ja nicht da - Herr Grunwald und Herr Thomauske.

**Vorsitzender Michael Müller:** Herr Grunwald kommt etwas später und Herrn Thomauske bitten wir, erstmal alles schriftlich zu machen und da werde ich auch treuhändig drauf achten. Das kriegen wir schon hin.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Tja, ist die Sitzung geschlossen?

**Vorsitzender Michael Müller:** Ja, die Sitzung ist beendet.

(Sitzungsende: 10:46 Uhr)

Der Vorsitzende

Michael Müller